

29/1994

Bundeskanzler Helmut Kohl: Abschied in Freundschaft

Dies ist ein Tag, den wir gemeinsam ersehnt haben, und es ist ein Tag, der unvergessen bleiben wird. Wir erleben seit einer Reihe von Jahren große historische Umbrüche auf unserem Kontinent. Der Tag, an dem wir heute hier in Berlin zusammenkommen, ragt unter den denkwürdigen Ereignissen als ein Schlußpunkt der Nachkriegsgeschichte Europas heraus.

Fast fünfzig Jahre, nachdem die sowjetische Armee das Gebiet des damaligen Deutschen Reiches erreichte, verlassen russische Soldaten heute unser

Aus der Rede des Bundeskanzlers beim Festakt aus Anlaß der Verabschiedung der russischen Truppen am 31. August im Schauspielhaus Berlin

Land. Sie gehen nicht als Besatzer, sie gehen als Partner, sie gehen als Freunde. Der Abzug der Westgruppe der Streitkräfte ist damit nicht nur vertragsgemäß abgeschlossen, er erfolgt sogar früher als im Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 vereinbart. Hierfür möchte ich Ihnen, Herr Präsident, den russischen Soldaten, ihren Familien und allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank aussprechen. Ich weiß, daß der heutige Abschied manchen Soldaten schwer fällt. Wo es möglich war, haben wir

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● SPD und PDS

Generalsekretär Peter Hintze: Linksfront ist Scharpings Werk und Wille. Seite 6

● Arbeitslosenhilfe

„CDU zur Sache“ – Argumente gegen Vorwürfe der SPD. Seite 7

● Vermittlungsausschuß

Ergebnis schafft Investitions-sicherheit für ostdeutsche Landwirte. Seite 10

● Sozialdemokraten

Steuersenkungsversprechen der SPD: Nichts als Seifenblasen. Seite 12

● Rauschgift

„Hilfe vor Strafe“ nach wie vor Leitlinie der CDU-Drogenpolitik. Seite 18

● Senioren-Union

Bernhard Worms auf der 5. Bundesdelegierten-versammlung in Bonn: Wir kämpfen darum, daß Helmut Kohl Kanzler bleibt.

● Dokumentation

Rede-Muster für den Bundestagswahlkampf. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

geholfen — beispielsweise beim Bau von 45.000 Wohnungen in ihrer Heimat und auch bei Umschulungsmaßnahmen. Die reibungslose und in jeder Weise korrekte Durchführung des Abzugs der Truppen ist ein wichtiges, sie ist ein hoffnungsvolles Zeichen für unsere gute gemeinsame Zukunft. Sie ist im besten Sinne des Wortes eine vertrauensbildende Maßnahme!

Blick in die Zukunft

Noch vor zehn oder sogar sechs Jahren hätten sich die wenigsten das Ereignis des heutigen Tages vorstellen können. Die Teilung Deutschlands, Europas, ja der Welt schien fest zementiert. Was sich freilich in historischer Perspektive als eine Momentaufnahme der Geschichte darstellt, erschien damals vielen Zeitgenossen wie für die Ewigkeit gemeißelt. Wenn wir heute gemeinsam den Blick in die Zukunft richten, wollen wir uns stets an die ganze Geschichte erinnern, an die hellen Seiten ebenso wie an die dunklen Kapitel.

Wir knüpfen jetzt an die guten Perioden unserer Beziehungen an. Wir wollen gute

Nachbarschaft in einem Europa freier und gleichberechtigter Völker. Wir gewinnen die Zukunft aber nur, wenn wir die Lehren aus den dunklen Kapiteln der Vergangenheit nicht vergessen. Wahrhaftigkeit ist das Fundament dauerhafter Freundschaft.

Die unselige Entwicklung in diesem Jahrhundert war das Ergebnis von übersteigertem Nationalismus und Vormachtstreben, von Rassenwahn und Klassenhaß. Totalitäre Diktaturen und menschenverachtende Ideologien in unseren beiden Ländern haben millionenfaches Unglück über die Menschen gebracht. Die nationalsozialistischen Machthaber in Deutschland verzerrten und erniedrigten das Bild Rußlands. Der Pakt der Diktatoren Hitler und Stalin legte die letzte Schranke vor dem Krieg nieder, den die NS-Gewaltherrschaft kurz darauf entfesselte.

Wir dürfen nicht vergessen

Wir vergessen den deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 nicht. Von Deutschen und in deutschem Namen ist dem russischen Volk Schreckliches angetan worden. Wir verneigen uns vor

Wahlkampftelefon

Ab dem 12. September bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle den Wahlkämpfern der Partei sowie interessierten Wählerinnen und Wählern den Service des Wahlkampftelefons:

Fachkundige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konrad-Adenauer-Hauses stehen als Ansprechpartner für Anregungen und Anfragen zur Verfügung. — Das Wahlkampftelefon mit der

Telefonnummer (0228) 544-240

ist von Montag bis Freitag von 8.30 Uhr bis 18 Uhr besetzt, danach läuft ein Anrufbeantworter.



Foto: dpa

Bei einem militärischen Zeremoniell auf dem Gendarmenmarkt meldet der Oberkommandierende der Westgruppe der Truppen in Deutschland, Generaloberst Matwey Burlakow, seine Truppen beim russischen Präsidenten Boris Jelzin und Bundeskanzler Helmut Kohl ab.

den vielen Millionen Toten, die der entsetzliche Krieg Ihr Land kostete. Wir wollen und dürfen dies alles nicht vergessen — und ebensowenig dürfen wir vergessen, was später Deutschen in der Revanche zugefügt wurde. Dies alles darf weder verdrängt noch aufgerechnet werden, aber wir wollen daraus lernen.

Deutsche und Russen stehen jetzt — und dies ist eine große Chance für uns alle — am Anfang einer guten Zusammenarbeit. Wir wollen unsere neue Freundschaft und Partnerschaft festigen und weiter ausbauen. Sicherheit und Wohlergehen in Europa kann nicht ohne, sondern nur in engem Zusammenwirken mit Rußland gewährleistet werden. Die kürzlich unterzeichneten Abkommen zwischen Rußland und der NATO über Partnerschaft für den Frieden und über Kooperation mit der Europäischen Union sind essen-

tielle Bausteine für das Europäische Haus. Viele der großen Herausforderungen, vor denen wir heute gemeinsam stehen, sind nur noch in enger Zusammenarbeit zu bewältigen — das gilt für den Schutz der Umwelt ebenso wie für die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Wir wünschen Ihnen Glück

Ich danke Ihnen, Herr Präsident Boris Jelzin, und dem großen russischen Volk, daß wir uns am Ende dieses Jahrhunderts, das so viel Leid, Tod und Tränen sah, die Hand zur Freundschaft reichen können — in dem festen Willen, gemeinsam für Frieden und Freiheit zu arbeiten. Wir wünschen unseren russischen Freunden auf ihrem gewiß nicht einfachen Weg in die Zukunft Glück, Erfolg und Gottes Segen. ■

Kommentare

Ende einer Epoche

Das Ende der Nachkriegszeit ist nun schon oft an vielen Daten unserer jüngeren Geschichte festgemacht worden: An dem Eintritt der jungen Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungsbündnis und in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft unter Konrad Adenauer oder an dem Beginn der Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn — bei Hinnahme der Teilung Europas — unter Willy Brandt. Der Abzug der letzten russischen Truppen aus dem wiedervereinigten Deutschland in der Ägide Helmut Kohls markiert jedoch nun wirklich das Ende einer Epoche, einen tiefen Wandel! „Heute ist der Tag der endgültigen Versöhnung“, rief Rußlands Präsident Boris Jelzin über den Gräbern von Tausenden von russischen Soldaten im Treptower Ehrenhain aus und fügte sogleich hinzu: „Wie sehr hat sich Deutschland verändert.“

Rheinische Post

Abschied in Freundschaft

Den vielen historischen Momenten der letzten Jahre wurde ein weiterer hinzugefügt: der Abzug der Westgruppe der russischen Streitkräfte. Das Abschiedslied, in deutscher Sprache, aus tausend Soldatenkehlen: „Deutschland, wir reichen Dir die Hand“, war bewegend — und es könnte auch die weitere Geschichte zwischen beiden Völkern bewegen helfen. Das Zeremoniell war nicht nur angemessen und würdig. Es atmete Freundschaft. Die heimkehrenden Soldaten, auf die zu Hause kein leichtes Schicksal wartet, könnten Botschafter dieses neuen Abschnitts europäischer Geschichte werden. Sie wurde eingefädelt von zwei Männern, die gemeinsam vor Gräbern trauerten und heute Gräben zuschütten: Boris Jelzin und Helmut Kohl.

Die Welt

Freunde und Partner

Dies ist ein Tag, an dem wir uns glücklich fühlen können. Die Russen haben nicht verloren, sie gehen nicht als Besiegte; wir alle haben gewonnen, weil Vernunft und der Wunsch nach Frieden gesiegt haben. Das war ein hartes Stück Arbeit im Westen und im Osten, aber wie sehr hat sich das gelohnt! Wenn heute die Soldaten verabschiedet werden, können wir die Russen von Herzen willkommen heißen, als Freunde und Partner.

Westdeutscher Rundfunk

Eine neue Epoche

Ich bin fast versucht, mit Goethe zu sagen: Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus. Wahrscheinlich werden spätere Generationen den Abzug der russischen Truppen so werten.

ZDF

Höhepunkt einer Erfolgsserie

Der militärische Rückzug Rußlands ist mehr als ein symbolischer Akt: Er ordnet die Verhältnisse in Europa neu. Er tut dies auf eine Weise, die Rußland mit erhobenem Haupt den Weg in die Zukunft antreten läßt. Für Kohl ist Berlin der vorläufige Höhepunkt einer Erfolgsserie, die vor vier Jahren im Kaukasus begann, als er von Gorbatschow freie Hand für die Regelung der deutschen Einheit erhielt.

Sender Freies Berlin

Worte mit Leben erfüllen

Fast 50 Jahre Rote Armee — später russische Truppen — in Ostdeutschland ist auch der Zeitpunkt zu fragen: Was bleibt? Bei den meisten Deutschen im Osten gibt es ein vorherrschendes Gefühl: nach wie vor Dankbarkeit für ihren Beitrag bei der Zerschlagung der Nazi-Diktatur und Dank für die Haltung in den Monaten der Wende. Und Hochachtung für den alles in allem würdevollen und disziplinierten Rückzug in ein zerrüttetes Land, in eine für sie unsichere und ungewisse Zukunft. Gerade des-

„Deutschland, Deine Stärken – Nation zwischen Wohl und Wehe“

Wußten Sie,

- daß seit 1990 mehr als 640 Milliarden DM nach Ostdeutschland geflossen sind?
- daß in den neuen Bundesländern jede vierte Wohnung mit finanzieller Unterstützung des Bundes saniert oder modernisiert worden ist?
- daß sich das Einkommen der privaten Haushalte seit 1960 bis heute verneunfacht hat?
- daß jeder westdeutsche Haushalt 1992 nach Abzug von Steuern und Abgaben und unter Einbeziehung staatlicher Leistungen 56.600 DM zur Verfügung hatte, fast doppelt so viel wie 1980?

Diese Argumente liefert das Buch von FAZ-Herausgeber Hugo Müller-Vogg „Deutschland Deine Stärken“, das vom Kölner Universitätsverlag herausgegeben wird. Es zeigt eine erfrischend optimistische Darstellung des Standortes Deutschland. Das Buch zeichnet uns eine günstige Zukunftsprognose auf, wenn es auch die tatsächlichen, vor allem strukturellen Schwierigkeiten, nicht verleugnet. Es ist eine wertvolle Wahlkampfhilfe für jeden Kandidaten.

Interessenten können

**„Deutschland Deine Stärken“
kostenlos bei der
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Tel. (0228) 544-477 anfordern.**

halb war der Tag nicht nur einer des Abschieds und der Erinnerungen. Für die Politiker sollte er Anlaß sein, die Worte über wirklich neue Beziehungen — enge Partnerschaft und echte Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland — ohne Zaudern mit Leben zu erfüllen.

ORB

Die Leistung Kohls

Kohl hat nicht nur die deutsche Einheit zustande gebracht, die Zustimmung von Moskau, Washington, Paris und London besorgt, ihm gelang es auch, über alle Wirren in Moskau hinweg den Russen klarzumachen, daß sie am besten fahren, wenn sie ihre Leute wirklich heimholen, sosehr das mancher auch dort als Rückzug, als Niederlage im Frieden nach dem großen vaterländischen Sieg empfinden mag. Und selbst Jelzin ist ja von diesem Gefühl nicht absolut frei. Angesichts dieser Leistung ist es Kohl zu gönnen, wenn er nun ein wenig Ernte einfährt.

Hessischer Rundfunk

Ein gutes Zeichen

Zu den neuen Arbeitsmarktzahlen erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen im August ist ein gutes Zeichen. Die Politik der CDU für Wachstum und Beschäftigung greift. Der immer stärker werdende Aufschwung belebt endlich auch den Arbeitsmarkt.

Die Zahlen aus Nürnberg und die guten Wirtschaftsprognosen der Forschungsinstitute bestätigen einmal mehr, daß die Schwarzmalerei der SPD im Bundestag nichts anderes ist als reine Wahlkampfrhetorik, die die Realität im Lande ignoriert. Die erfolgreiche Politik zur Stärkung der Wirtschaftskräfte in Deutschland muß jetzt fortgesetzt werden.

Linksfront ist Scharpings Werk und Wille

Zu den Äußerungen von Ministerpräsident Höppner im „Tagesspiegel“ vom 4. September, wonach das Magdeburger Modell von der Bonner SPD-Führungsspitze initiiert worden sei, erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die Beteuerungen von SPD-Chef Scharping, er strebe keine Linksfront mit der PDS nach der Bundestagswahl an, verliere täglich an Glaubwürdigkeit.

Jetzt hat Ministerpräsident Reinhard Höppner bestätigt, daß nicht Magdeburg, sondern die Bonner SPD-Parteizentrale die Brutstätte des Magdeburger Modells gewesen ist.

Rudolf Scharping hat von der SPD-PDS-Kooperation nicht nur gewußt, er hat sie selbst gewollt. Deshalb ist sein jetziges Lamentieren über die PDS ein rein taktisches Absetzmanöver. Die Wählerinnen und Wähler spüren immer mehr, daß Scharping um der Macht willen letztlich jede Stimme willkommen sein wird, auch die der PDS.

Gefahr für Konjunktur, Arbeitsplätze und D-Mark

SPD, Grüne und PDS bedeuten: Der Aufschwung würde abgewürgt. Hunderttausende von Arbeitsplätzen gerieten in Gefahr. Die DM würde weich.

PDS zeigt wahres Gesicht

Generalsekretär Peter Hintze zur Ankündigung der PDS, den Festakt zur Verabschiedung der Westalliierten in Berlin stören zu wollen:

Die westalliierten Truppen in Berlin haben vierzig Jahre Freiheit und die Sicherheit Berlins geschützt. Alle freiheitliebenden Berliner sagen ihnen dafür herzlich „danke“. Die SED-Nachfolgeorganisation PDS hat dagegen mit ihrer Ankündigung, die Abschiedsfeier für unsere amerikanischen, britischen und französischen Freunde stören zu wollen, ihr wahres Gesicht gezeigt. Wer diejenigen mit Dreck bewirft, die unsere Freiheit mehr als vierzig Jahre gegen eine gewaltbereite kommunistische Diktatur geschützt haben, darf in der deutschen Politik niemals wieder Einfluß erhalten. Es ist ein Trauerspiel, daß die SPD bereit ist, mit solchen Kräften zusammenzuarbeiten.

Höppner: Diesen Schuh ziehe ich mir nicht an

Frage: Trotzdem, wenn es am 16. Oktober für die SPD nicht reicht, dann sind Sie doch als Schuldiger schon ausgeguckt?

Höppner: Den Schuh ziehe ich mir nicht an. Ich habe schon am Tag nach der Wahl die Führungsspitze der SPD gefragt. Ich hätte das so nie durchgesetzt, wenn da ein Nein gekommen wäre, und zweitens habe ich eindeutig erklärt, daß ich bereit bin, die Verantwortung für das, was im Lande passiert, auf mich zu nehmen, aber nicht für alles das, was dadurch in der Bundesrepublik Deutschland und in der SPD ausgelöst worden ist. Dafür sind die anderen da und müssen mitdenken. Und wenn die anderen ja sagen, müssen sie auch die Verantwortung für das Ergebnis mittragen.

Tagesspiegel vom 4. September

CDU zur Sache:

Arbeitslosenhilfe

Die Kommunalpolitiker der SPD versuchen, gegen die vorgesehene zeitliche Befristung der Arbeitslosenhilfe Entschließungen der Kommunalparlamente herbeizuführen. Daß dies so kurz vor den Bundestagswahlen geschieht, obwohl die Frage erst im Rahmen der Beratungen zum Bundeshaushalt 1995 auf der Tagesordnung steht, ist Teil des Wahlkampfgetöses, mit dem die SPD von eigenen Versäumnissen in den Bundesländern ablenken will.

So ist das mit der Arbeitslosenhilfe

Arbeitslose, die keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld haben, jedoch die sonstigen Bedingungen der Gewährung von Arbeitslosengeld erfüllen, erhalten Arbeitslosenhilfe. Sie beträgt 57 Prozent (für Arbeitslose mit Familienpflichten) bzw. 53 Prozent (für Arbeitslose ohne Familienpflichten) vom letzten verfügbaren Einkommen und wird regelmäßig an die allgemeine Entwicklung der Löhne und Gehälter angepaßt.

Anders als die Lohnersatzleistung „Arbeitslosengeld“ wird Arbeitslosenhilfe jedoch voll aus dem Bundeshaushalt finanziert. Arbeitslosenhilfe ist keine beitragsfinanzierte, sondern eine rein steuerfinanzierte Leistung.

Gegenüber der schwierigen Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern und der Folgen der weltweiten Rezession auch im Westen unseres Landes wird heute zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mehr getan als jemals zuvor. Der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit ist heute mehr

als dreimal so hoch wie im letzten Jahr der SPD-Regierung 1982. Nahezu 50 Prozent der Ausgaben werden für die Arbeitsförderung aufgewendet, unter SPD-Verantwortung waren es gerade einmal 20 Prozent. Um die Beitragszahler zu entlasten, leistet der Bund heute einen erheblichen Bundeszuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit.

Weil wir die aktive Arbeitsmarktpolitik trotz der notwendigen Einsparungen im Bundeshaushalt auf hohem Niveau erhalten wollen, müssen andere Leistungen des Bundes auf den Prüfstand. Denn eine

Wahlkampf-Argumente



Zunahme der Neuverschuldung würde die gerade erfolgreich gesenkte Inflationsrate wieder in die Höhe treiben. Das jedoch wäre in hohem Maße unsozial, denn betroffen sind von hohen Inflationsraten vor allem die „kleinen Leute“.

Unsere Meinung

Die CDU sagt: Arbeitslosenhilfe ohne zeitliche Beschränkung für jeden, der früher einmal erwerbstätig gewesen ist, muß nicht sein. Wir können es uns zukünftig nicht mehr leisten, daß junge Menschen allein deshalb, weil sie einmal im Erwerbsleben gestanden haben, eine höhere, aus den Steuerkassen des Bundes finanzierte Leistung auf Dauer erhalten und andere, die nicht erwerbstätig sein konnten, hingegen dauerhaft auf die oft niedrigere Sozialhilfe angewiesen sind. Das ist ungerecht, z. B. gegenüber allein-

erziehenden Müttern, die nie arbeiten konnten und deshalb vielleicht von Sozialhilfe leben müssen.

Wir wollen deshalb, daß Arbeitslosenhilfe aus den Kassen des Bundes nur noch für zwei Jahre gezahlt wird. Wir wollen von dieser Neuregelung aber Arbeitslosenhilfeempfänger über 55 Jahre und bestehende Vereinbarungen im Rahmen von Sozialplänen ausnehmen.

Wir bieten auch an, auf diese Kürzung zu verzichten, wenn ein besserer Weg zur Entlastung des Bundeshaushaltes aufgezeigt wird.

Finanzlage der Kommunen

Gegen unsere Pläne der zeitlichen Befristung von Arbeitslosenhilfe mobilisiert die SPD die Gemeindeparlamente. Damit lenkt sie von ihren eigenen Versäumnissen bei der Ausgestaltung des Finanzverhältnisses Land — Kommune ab. Im Rahmen der Verhandlungen über den Sozialpakt haben die Bundesländer für sich einen um 7 Prozent höheren Anteil an der Umsatzsteuer durchgesetzt.

Obwohl die Kommunen einen guten Teil der Kosten der Finanzierung der Deutschen Einheit tragen, wird von den vereinbarten Mehreinnahmen der Länder nur ein viel zu geringer Teil an die Gemeinden weitergegeben.

Etwa in Nordrhein-Westfalen, im Land des langjährigen SPD-Ministerpräsidenten

Johannes Rau, stellt sich dies wie folgt dar:

● Die Kommunen Nordrhein-Westfalens tragen 44 Prozent der Aufwendungen Nordrhein-Westfalens zur Finanzierung der Deutschen Einheit. Von den im Solidarpakt vereinbarten Mehreinnahmen sind jedoch nur 23 Prozent an die Kommunen weitergegeben worden.

● Die SPD-geführte Landesregierung hat den Verbundsatz zu Lasten der Kommunen von 28,5 Prozent auf 23 Prozent gekürzt.

● Die SPD-Landesregierung hat den kommunalen Anteil an der Kfz-Steuer, der ehemals bei 30 Prozent lag, komplett gestrichen.

● Die SPD-Landesregierung hat den kommunalen Anteil an der Grunderwerbssteuer von 64 Prozent auf 23 Prozent reduziert.

Hier wird eindrucksvoll deutlich, wer den Kommunen tatsächlich in die Tasche greift: Es sind gerade die SPD-Landesregierungen und nicht die CDU-geführte Bundesregierung.

Entlastung der Gemeinden durch den Bund

Trotz der für alle notwendigen zusätzlichen Belastungen durch die deutsche Einheit hat die CDU-geführte Bundesregierung die Kommunen auch deutlich entlastet:

Aktion: „Deutschland wählt“. Diese Initiative hat die Bundesjugendleitung der Deutschen Postverbands-Jugend ins Leben gerufen. Sie will damit junge Kolleginnen und Kollegen auffordern, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und wählen zu gehen. Auch wird darauf hingewiesen, daß unsere Demokratie nur dann eine Zukunft hat, wenn demokratische Parteien in unseren Parlamenten die Mehrheit haben.

Vertriebenenzuwendung wird früher ausgezahlt

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Jürgen Rüttgers, erklärte zum Beschluß über das Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat:

Auf Antrag von CDU/CSU und FDP hat der Vermittlungsausschuß die Wartezeit für die Auszahlung der einmaligen Zuwendung von 4.000 DM an Vertriebene in den neuen Bundesländern verkürzt.

Der Zuwendungsbetrag wird jetzt fällig:

- Am 1. Januar 1994 für Geburtsjahrgänge vor 1919 statt bisher vor 1916.

Alle Vertriebenen, die 75 Jahre oder älter sind, haben also sofort einen Anspruch.

- Am 1. Januar 1995 für Geburtsjahrgänge vor 1925. Dieses Fälligkeitsdatum für alle 71jährigen und älteren wurde neu eingeführt.
- Am 1. Januar 1996 für Geburtsjahrgänge vor 1931 statt bisher vor 1928.
- Am 1. Januar 1998 für alle übrigen Berechtigten wie bisher.

Die CDU/CSU-Kollegen aus den neuen Bundesländern haben sich für eine solche Regelung besonders eingesetzt.

- Die Neuordnung des Asylrechts, von der SPD lange blockiert, führt zu einem deutlichen Rückgang der Asylbewerberzahlen und entlastet die Kommunen als Träger der Sozialhilfe in beträchtlichem Umfang.

- Im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms und des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogrammgesetzes wurden Ausgabenentlastungen vereinbart, die sich zugunsten der Kommunen auf jährlich 2-3 Milliarden DM summieren. Hier wäre die CDU gerne noch weitergegangen, das hat die SPD aber verhindert.

- Die konsequente Mißbrauchsbekämpfung und das Föderale Konsolidierungsprogramm führen zu jährlichen Steuermehreinnahmen der Kommunen von ca. 1 Milliarde DM.

- Die im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz festgelegte Plafonderhöhung bringt den Kommunen zusätzliche Mittel von jährlich ca. 3 Milliarden DM.

- Die von der CDU gegen den hinhaltenden Widerstand der SPD endlich durchgesetzte soziale Pflegeversicherung wird die Kommunen mittelfristig um jährlich fast 10 Milliarden DM entlasten, lediglich ein Teil dieser Mittel wird zum Aufbau einer leistungsfähigen Pflegeinfrastruktur eingesetzt werden müssen.

Die Länder sind am Zuge!

Die SPD versucht, der CDU-geführten Bundesregierung die Finanzmisere der Kommunen in die Schuhe zu schieben. Dabei sind es gerade SPD-Landesregierungen, die den Kommunen den finanziellen Boden entziehen. Wir wollen hingegen, daß die Kommunen verstärkt selbst die Arbeitslosigkeit bekämpfen können, wie das im Bundessozialhilfegesetz auch vorgesehen ist. Wir fordern von den SPD-Landesregierungen, die Finanzordnung der Länder so zu gestalten, daß die Kommunen hierfür ausreichend Mittel erhalten.

Ergebnis schafft Investitionssicherheit für ostdeutsche Landwirte

Zum Ergebnis des Vermittlungsausschusses beim Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Egon Susset:

Es ist zu begrüßen, daß der Vermittlungsausschuß den Knoten beim Entschädigungsgesetz durchgehauen hat. Trotz aller Bedenken ist zu hoffen, daß Bundestag und Bundesrat dem Vermittlungsergebnis zustimmen. Nur so erhalten die Landwirte in Ostdeutschland Planungs-, Entscheidungs- und Investitionssicherheit. Auch den Alteigentümern wird — was bis zuletzt heftig umstritten war — im Rahmen ihres Ausgleichsanspruchs ein teilweiser Landerwerb zu günstigen Bedingungen ermöglicht, wenn auch im geringeren Umfange als zunächst vorgehen.

Beim Erwerb von land- und forstwirtschaftlichen Flächen sollen Alteigentümer, Neueinrichter, Wiedereinrichter und Juristische Personen (im wesentlichen LPG-Nachfolgeunternehmen), die den Großteil der landwirtschaftlichen Flächen bewirtschaften, gleichbehandelt werden. Dieses Ergebnis trägt ebenso wie die im Interesse der Bewirtschaftungssicherheit beschlossene Verlängerung der Pachtverträge von 12 auf 18 Jahre dazu bei, die Bodenmobilität einzuschränken, die im Sinne einer gesunden strukturellen Weiterentwicklung erforderlich ist.

Der Kompromiß war allerdings nur auf der Basis des gleichen Zugangs aller in der Landwirtschaft Tätigen zu den Bodenflächen erreichbar. Angesichts der unüberbrückbar scheinenden Kluft in der Frage des begünstigten Landerwerbs

durch Alteigentümer im Rahmen der Entschädigung ist die jetzt gefundene Einigung schon ein Erfolg, wenn auch nur ein Minimalkonsens. Das Ergebnis schafft die Voraussetzungen, um die land- und forstwirtschaftlichen Flächen zu privatisieren und den Staat von einer staatsfremden Aufgabe zu entbinden.

Entgegen anderslautenden Darstellungen war im Entschädigungsgesetz vorgesehen, daß ortsansässige Landwirte in den neuen Ländern als Wieder- und Neueinrichter im Rahmen eines Siedlungsprogrammes begünstigt Land erwerben können sollten. Unterstützung brauchen gerade die ostdeutschen Landwirte, die einen Neubeginn in der Landwirtschaft wagen und Betriebe aufbauen. Chancengerechtigkeit erfordert, daß Wieder- und Neueinrichter neben den Juristischen Personen zum Zuge kommen und einen existenzfähigen Betrieb aufbauen können. Nur dann kann Strukturentwicklung stattfinden.

Bewußt falsch dargestellt

Unabhängig davon sollten die Alteigentümer als Opfer der Bodenreform zwischen 1945 und 1949 als Ausgleich vorab einen kleinen Teil der Bodenflächen vergünstigt zurückkaufen können. Leider ist fälschlicherweise immer wieder unterstellt bzw. bewußt falsch dargestellt worden, es ginge darum, die Ergebnisse der Bodenreform aufzuheben oder rückgängig zu machen und den ostdeutschen Bauern die Existenz zu nehmen. Daher konnte der unter dem Gesichtspunkt einer teilweisen Wiedergutmachung beachtete Vorrang für Alteigentümer nicht durchgesetzt werden.

Angemessener Interessenausgleich zwischen Bund und Ländern

Der verfassungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich-Adolf Jahn, hat zu dem Kompromißvorschlag des Vermittlungsausschusses zur Verfassungsreform Stellung genommen:

Der Kompromißvorschlag des Vermittlungsausschusses zur Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen verbindet in verfassungsrechtlich ausgewogener Weise die Interessen der Länder mit denen des Bundes. Er kommt Anliegen der Länder entgegen, ohne die Handlungsfähigkeit des Bundes zu gefährden.

Mit diesem Kompromiß sollte der Weg frei sein, um die Verfassungsdebatte doch noch in dieser Legislaturperiode zum Abschluß zu bringen. Insbesondere können dann auch die in der Sache zwischen Bundestag und Bundesrat unstrittigen Verfassungsänderungen, die mit dem Streit um die Verteilung der Gesetzgebungszuständigkeiten nichts zu tun

haben, wie zum Beispiel das Staatsziel Umweltschutz, die Förderung der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, das Benachteiligungsverbot Behinderter sowie die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, alsbald in Kraft treten.

Aus Bundessicht ist in diesem Zusammenhang vor allem auch die Schaffung von Gesetzgebungskompetenzen für neue Problemlagen zu begrüßen, die sich aus dem technischen und medizinischen Fortschritt in den Bereichen Fortpflanzungsmedizin, Gentechnik und Organtransplantation ergeben haben. Dieses Kompetenzbündel ermöglicht es dem Bundesgesetzgeber, auf problematische Folgen des technisch-medizinischen Fortschritts mit den Mitteln von Gesetz und Recht zu reagieren. Einen längst überfälligen Schritt bedeutet auch die Schaffung einer Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Staatshaftung. ■

Eichholz-Brief: Protestbewegung und die Folgen

Unter dem Motto „Die 68er: Aufbruch einer Generation, Umbruch in der Gesellschaft“ widmet sich die aktuelle Ausgabe 3/1994 des Eichholz-Briefes — Zeitschrift zur politischen Bildung der Protestbewegung und ihren widersprüchlichen Folgen.

Themen des Heftes und die Autoren:

- Gerd Langguth: Flotte Sprüche, Verbalradikalismus und gewaltsame Aktion.
- Rita Süssmuth: Die neue Frauenbewegung.

- Helmut Klages/Thomas Gensicke: 1968 als Aufbruch in den Wertewandel?
- Manfred Funke: 1945-1968-1989.

Ansichtsexemplare können über die Redaktion des Eichholz-Briefes/Zeitschrift zur politischen Bildung unter der Anschrift: Postfach 1331, 50387 Wesseling, der Rufnummer: (0 22 36) 70 74 31 oder der Faxnummer: (0 22 36) 70 74 03 angefordert werden.

Steuersenkungsversprechungen der SPD:

Nichts als Seifenblasen

Finanz- und steuerpolitisch lehnt sich die SPD weit aus dem Fenster. Sie erweckt Eindrücke und macht Versprechungen, die sie so niemals halten kann. Jüngst verkündete der wirtschafts- und finanzpolitische Sprecher der SPD, Saarlands Ministerpräsident Oskar Lafontaine, ein großangelegtes „Steuersenkungsprogramm für Normalverdienende und Familien.“

Es umfaßt auf den ersten Blick — nach Angaben der SPD — ein Entlastungsvolumen von 75 Milliarden DM durch

- **AbSchaffung des Solidaritätszuschlages**

Entlastung: etwa 26—28 Milliarden

- **Erhöhung des Kindergeldes**

auf monatlich 250 DM je Kind, ab dem 4. Kind auf 350 DM: rund 50 Milliarden DM.

Auf den zweiten Blick sind es jedoch keine „wahren“ Entlastungen. Die Illusion einer hohen zweistelligen Milliarden-Entlastung trägt. Tatsache ist, daß sie eine Besserverdienendenabgabe einführen will. Die SPD rechnet mit Einnahmen in Höhe von rund 15 bis 20 Milliarden. Es bleibt nach Angaben des Bundesfinanzministeriums ein Defizit in Höhe von 7,5 Milliarden DM gegenüber dem Solidaritätszuschlag.

Im Kleingedruckten zur Familienpolitik taucht die Wahrheit zur Gegenfinanzierung der Entlastung von Familien auf: Sie geht einher mit der Abschaffung der Kinderfreibeträge, d. h. faktische Abschaffung des heutigen Kindergeldes

und der Kindergeldzuschläge, Begrenzung des Splitting-Vorteils. Auch hier verrechnet sich die SPD: Es bleibt eine Finanzierungslücke von rund vier Milliarden DM.

Von der groß angekündigten Entlastung bleibt ein Entlastungsvolumen von nur noch rund zwölf Milliarden DM übrig. Dies bedeutet aber gleichzeitig einen gewaltigen Anstieg des Haushaltsdefizits. Und dies birgt die Gefahr einer hohen Preissteigerung in sich, was wiederum zu erheblichen Kaufkraftverlusten der Bürgerinnen und Bürger führt — oder will die SPD Steuern an anderer Stelle dafür drastisch erhöhen?

Lafontaine kündigt darüber hinaus eine „gezielte Steuersenkung ... durch Frei-

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



94

stellung des Existenzminimums ab 1996“ an. Genosse Kurt Paschalis MdB ließ die Größenordnung mit seiner Frage an die Bundesregierung erkennen: So wollte er wissen, wie hoch rein rechnerisch die Steuermindereinnahmen bei einer generellen und ausnahmslosen Anhebung des Grundfreibetrages von derzeit 5.616/11.232 DM für Ledige/Verheiratete auf 12.000/24.000 DM wären. Richtig ist, daß damit 1996 Steuermindereinnahmen von 42,6 Milliarden DM im Vergleich zur geltenden Übergangsregelung eintreten würden.

Wer es aber ernst meint, mit der Rückfüh-

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Diese Art Veranstaltungen, Bildungsangebote für Frauen, pflegen seit langem an vielen Orten in der Bundesrepublik stattzufinden. Und wegen der erfahrungsgemäß großen Nachfrage sind die Entscheidungen so getroffen, daß die Reihe „Frauen im Gespräch“ fortgesetzt werden kann.

Vorgesehen sind z. B. Veranstaltungen in Bad Liebenzell und in Attendorn, in Wesseling, Berlin und Leipzig, auf Rügen und in Bückeburg.

Das Angebot (Themen/Veranstaltungsart):

- Kolleg „Frauen und Politik“
- Frauen in der Geschichte
- Frauen in Deutschland
- „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“

- Frauen in Politik und Gesellschaft
- Frauen im Beruf
- Familien- und Mutter-Kind-Seminare
- Rhetorik und Kommunikation
- „Frauen im Gespräch“
- Gespräche, Foren, Kolloquien

Eine Broschüre informiert über das Gesamtangebot. Sie ist ohne Berechnung zu beziehen von:

Konrad-Adenauer-Stiftung
Politische Bildung
Hauptabteilung Bildungswerke
Postfach 1331
50387 Wesseling
Telefon (0 22 36) 70 70
Fax (0 22 36) 20 72 30

zung der Neuverschuldung, der Aussage, es gebe keinen weiteren Anstieg der Steuer- und Abgabenquote, kann unmöglich hinter dieser Frage stehen. Die SPD hat aber bis heute dem nicht widersprochen. Damit weckt sie nur wieder trügerische Illusionen. Ein solches Volumen ist finanz- und sozialpolitisch nicht vertretbar — es sei denn, die SPD will diese Lücke wie angekündigt durch eine ökologische Steuerreform schließen. Doch dieses würde gerade die Bürger durch steigende Energie- und Verkehrskosten noch mehr belasten.

Fazit:

Der Schein trägt. Wer hinter die Kulissen blickt, muß unweigerlich feststellen: Die SPD-Steuerpolitik ist in sich widersprüchlich:

- Auf der einen Seite werden Steuersenkungen versprochen, auf der anderen Seite kommt für die SPD nur eine Umschichtung innerhalb der Steuer- und Abgabenquote in Frage.
 - Einmal fordert der wirtschafts- und finanzpolitische Sprecher der SPD die sofortige Abschaffung des Solidaritätszuschlages, ein anderes mal hält er die Abschaffung verwaltungstechnisch für nicht sofort machbar.
- Die Bürger können sich nicht auf eine verlässliche und klare SPD-Steuerpolitik einrichten. Hinter vollmundigen Ankündigungen stecken nur leere Versprechungen. Steuersenkungen vertragen sich nicht mit Umschichtung. Denn dies bedeutet letztlich auch Steuererhöhung. Gerade Normalverdienende und Familien werden letztlich die Zeche sozialdemokratischer Steuerpolitik zahlen. ■

Internationales Umwelttechnologiezentrum in Leipzig sichert deutsche Spitzenstellung in der Umwelttechnologie

„Wir müssen alles daransetzen, daß Deutschland seine weltweite Spitzenstellung beim Export von Umwelttechnologien weiter ausbaut. Mit dem neuen weltweit ausgerichteten Umwelttechnologiezentrum in Leipzig wollen wir dafür den Weg bereiten und der längst begonnenen Aufholjagd der USA und Japan begegnen.“

Dies erklärten Bundesumweltminister Klaus Töpfer und der sächsische Staatsminister für Umwelt und Landesentwicklung, Arnold Vaatz, anlässlich der ersten Sitzung des Initiativkreises zum Aufbau eines internationalen Umwelttechnologie-zentrums in Leipzig.

An der Sitzung des Initiativkreises, zu dem Minister Töpfer gemeinsam mit dem sächsischen Umweltminister Arnold Vaatz eingeladen hatte, nahmen Vertreter der Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft (BDI, DIHT, ZDH), der IG-Chemie, der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Bundes- und Landesregierung, der Treuhandanstalt, der Messe Leipzig sowie der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, der Regierungspräsident und der Generalsekretär der Bundesstiftung Umwelt teil.

Töpfer: Es wird immer deutlicher, daß wir die regionalen, vor allem aber auch die globalen Umweltprobleme nur in den Griff bekommen, wenn wir die Entwicklung, aber auch den Transfer moderner Umwelttechnologie entscheidend verstärken. Diese ist der Schlüssel auf dem Weg zum ressourcenschonenden und umweltverträglichen Wirtschaften. Wir müssen dafür sorgen, daß sie überall auf der Welt verfügbar ist, insbesondere zur Lösung

der Umweltprobleme in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie im asiatischen Raum. Dabei geht es darum, die bei uns entwickelte Umwelttechnik den jeweiligen Problemlagen des Empfängerlandes anzupassen und gleichzeitig auch das notwendige Wissen für die Anwendung mitzuvermitteln. Mit einem derartigen Transferzentrum in Leipzig wollen wir dazu einen entscheidenden Beitrag leisten.

Minister Vaatz hob in diesem Zusammenhang die Bedeutung eines solchen Technologiezentrums für die neuen Länder, aber insbesondere auch für die Region Leipzig hervor.

Erfahrungen gesammelt

Vaatz: Gerade in den neuen Ländern haben wir in den letzten vier Jahren große Erfahrungen in der Umweltsanierung gesammelt und an vielen Stellen in den Unternehmen modernste Umwelttechnologie zum Einsatz gebracht. Mit diesen Demonstrationsfeldern haben wir die Grundlage für einen wichtigen Beitrag zur Lösung ähnlicher Umweltprobleme in anderen Regionen der Welt geschaffen.

Das internationale Umwelttechnologiezentrum soll vor diesem Hintergrund in erster Linie die Funktion einer Kontaktstelle zwischen Anbietern von Umwelttechnik und Nachfragern in den Zielländern erfüllen. Es soll vor allem auch der mittelständischen Wirtschaft als internationale Plattform zur Demonstration umwelttechnologischer Entwicklungen und zur Intensivierung von Kontakten nach Osteuropa und zu den Schwellen- und Entwicklungsländern dienen.

Horst Seehofer: Die gesetzliche Krankenversicherung ist saniert

Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer hat am 1. September die Finanzschätzungen der gesetzlichen Krankenversicherung für das 1. Halbjahr 1994 vorgelegt:

Die gesetzliche Krankenversicherung ist heute, eineinhalb Jahre nach Inkrafttreten des Gesundheitsstrukturgesetzes, saniert. Sie ist finanziell stabilisiert und die Qualität der medizinischen Versorgung ist voll gewährleistet. Die Krankenkassen erwirtschaften weiterhin Überschüsse, die Finanzreserven sind wieder aufgefüllt, und das Beitragssatzniveau sinkt. Dabei ist es gelungen, zu sparen, ohne die Qualität der medizinischen Versorgung und den medizinischen Fortschritt zu beeinträchtigen.

Es ist aber noch etwas geschehen in diesen eineinhalb Jahren, das weniger spektakulär, aber genauso wichtig ist: es hat ein Bewußtseinswandel stattgefunden. Alle am Gesundheitswesen Beteiligten, Leistungserbringer, Krankenkassen und Patienten, haben sich zunehmend mit ihrem eigenen Tun und seinen Folgen auseinandergesetzt. Die Konsequenzen des eigenen Handelns für das Ganze der gesetzlichen Krankenversicherung haben in der öffentlichen Diskussion einen neuen Stellenwert bekommen.

Die Bilanz im einzelnen:

Im 1. Halbjahr 1994 erwirtschafteten die Krankenkassen einen Überschuß von rd. 1 Mrd. DM (0,6 Mrd. DM in den alten und 0,4 Mrd. DM in den neuen Bundesländern). Der Überschuß wird im 2. Halbjahr 1994 bei Berücksichtigung der 13. Monatsgehälter noch deutlich höher ausfallen.

Im Vergleich zum 1. Halbjahr 1992 ist der Zuwachs bei den Löhnen und Gehältern der Versicherten in den alten Bundesländern doppelt so stark wie bei den Ausgaben; in den neuen Bundesländern bleibt der Ausgabenanstieg in diesem Zeitraum unterhalb der Grundlohnentwicklung.

In fast allen Leistungsbereichen hat das Gesundheitsstrukturgesetz zu wirksamen Ausgabenbegrenzungen geführt. Nur in den Bereichen, in denen entsprechende Regelungen fehlen, (z.B. bei Hilfsmitteln) oder in denen das Gesundheitsstrukturgesetz unterlaufen wird (z.B. bei Fahrkosten) setzt sich die Expansion der Leistungsausgaben fort.

Spielraum sogar für Beitragssatzsenkungen

Die Einsparungen erfolgten ohne die von vielen befürchteten Qualitätseinbußen in der medizinischen Versorgung — insbesondere im Arzneimittel- und Krankenhausbereich.

Der durchschnittliche allgemeine Beitragssatz ging in den alten Bundesländern bereits von 13,4 Prozent (1.1.1993) auf 13,2 Prozent (1.7.1994) zurück; in den neuen Bundesländern ist eine Stabilisierung unterhalb von 13 Prozent erkennbar.

Bei einer Reihe von Krankenkassen besteht bei wieder aufgefüllten Finanzreserven Spielraum für Beitragssatzsenkungen.

Durch den Risikostrukturausgleich konnten die krassen Beitragssatzdifferenzen bereits abgebaut und damit Voraussetzungen für faire Wettbewerbschancen der Krankenkassen geschaffen werden. ■

Krankenversicherungsbeiträge stabil

Zu den neuesten Zahlen zur Finanzentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung im ersten Halbjahr 1994 erklärte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Hoffacker:

Auch im Jahr 1994 werden die Beitragsätze der gesetzlichen Krankenversicherungen stabil bleiben. Tendenziell sind sogar weitere auch deutliche Spielräume für Beitragssatzsenkungen in den gesetzlichen Krankenversicherungen erkennbar. Damit wird der mit dem Gesundheits-Strukturgesetz eingeleitete erfolgreiche Kurs stabiler bzw. sinkender Beitragsätze in der gesetzlichen Krankenversicherung auch im Jahre 1994 fortgesetzt. Bereits jetzt ist darüber hinaus erkennbar, daß auch die Gesamtbilanz des Jahres 1994 durchaus auch mit einem deutlichen Habensaldo abschließen kann.

Trotz erkennbarer Risiken gilt auch für die Entwicklung im Jahre 1995, daß der Kurs stabiler Beitragsätze bei konsequenter und beharrlicher Umsetzung des Gesundheits-Strukturgesetzes weiter realisiert werden wird.

Tatsache ist, und das gilt es zu betonen, daß trotz dieses erfolgreichen Kurses der Beitragssatzstabilität seit dem Inkrafttreten des Gesundheits-Strukturgesetzes die medizinisch ausreichende und qualitätsorientierte Versorgung der Versicherten weiter gewährleistet worden ist. Dies gilt beispielhaft für den Arzneimittelbereich, der mit einem deutlichen Ausgaberrückgang im Jahre 1993 erheblich zum Konsolidierungserfolg in der Krankenversicherung beigetragen hat und auch im ersten Halbjahr 1994 mit + 4,72 Prozent akzeptable Steigerungsraten ausweist.

Durch eine erst kürzlich veröffentlichte Untersuchung der Innungskrankenkassen

wurde belegt, daß die Einsparungen bei den Arzneiverordnungen von bundesweit 2,7 Mrd. DM im Jahre 1993 die Qualität der Medikamentenversorgung nicht verschlechtert, sondern vielmehr in einigen Bereichen sogar verbessert haben.

Dieses positive Ergebnis belegen die heute veröffentlichten Zahlen über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen im ersten Halbjahr 1994. Auch im ersten Halbjahr 1994 können die Krankenversicherungen insgesamt einen Über-

Unser Kurs der Beitragssatzstabilität war sehr erfolgreich, aber auch die medizinische Versorgung der Versicherten blieb unverändert optimal.

schuß von knapp 1 Mrd. DM verbuchen. Dieser Überschuß beruht im wesentlichen auf einem deutlichen Plus der Angestellten Ersatzkassen in den alten und neuen Bundesländern, das trotz der Belastungen der Ersatzkassen durch die Ausgleichszahlungen infolge des Risikostrukturausgleichs zustande kommen konnte.

Einnahmen und Ausgaben sind damit, weiterhin ausgeglichen. Gleichwohl machen die stagnierende Grundlohnsummenentwicklung und die tendenziell insbesondere in einigen Leistungssektoren expandierende Ausgabeentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung bereits jetzt deutlich, daß im gemeinsamen Bemühen aller an der Gesundheitsversorgung Beteiligten um Rationalisierung nicht nachgelassen werden darf.

Nur wenn an der konsequenten Umsetzung des Gesundheits-Strukturgesetzes

beharrlich festgehalten wird, kann es gelingen, die Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherungen wie bisher und auf Dauer unter Kontrolle zu halten.

Insbesondere die exorbitanten Steigerungsraten in einigen Leistungssektoren der gesetzlichen Krankenversicherungen sind vor diesem Hintergrund nicht hinnehmbar. Steigerungsraten beispielsweise der Fahrtkosten (+ 15,23 Prozent), der gesamten Ausgaben für Heil- und Hilfsmittel (+ 13,14 Prozent) oder der Ausgaben für Kuren (+ 14,72 Prozent) sind indiskutabel.

Gerade den Leistungserbringern, wie beispielsweise Ärzten oder Apothekern, die mit wirtschaftlichem Leistungsverhalten zur Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherungen deutlich beigetragen haben und weiter beitragen, können die sektoralen überproportionalen Ausgaberraten nicht plausibel gemacht werden. Dies belegt mit aller Deutlichkeit, welche Chance mit dem Scheitern des Gesetzes zur Anpassung krankensicherungsrechtlicher Vorschriften von der SPD im

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



94

Vermittlungsausschuß des Deutschen Bundestages vertan worden ist.

Dies belegt aber auch, daß in der kommenden Legislaturperiode weiterer struktureller Handlungsbedarf besteht. Die sog. dritte Reformstufe im Gesundheitswesen wird daher zu den zentralen gesundheitspolitischen Themen der kommenden Legislatur gehören. ■

Die konjunkturelle Erholung macht sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar

Im August 1994 waren in Deutschland insgesamt 3,64 Millionen Personen als arbeitslos registriert, das sind 71.000 weniger als im Vormonat.

Arbeitsmarkt im Westen

Im Westen Deutschlands waren Ende August 1994 2,531 Millionen Menschen (Quote 8,2 Prozent) arbeitslos. Dies sind 40.000 weniger als im Juli 1994. Dies sind jedoch immer noch 216.000 mehr als im August 1993. Damals lag die Arbeitslosenquote bei 7,5 Prozent.

Saisonbereinigt ging die Erwerbstätigenzahl im Juli nicht mehr zurück, sondern nahm mit 9.000 leicht zu.

Arbeitsmarkt im Osten

Im Osten Deutschlands waren Ende August 1994 1,105 Millionen Menschen (Quote 14,7 Prozent) arbeitslos. Das sind gut 31.000 weniger als im Juli 1994.

Die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist auf 309.000 Personen gestiegen. Das sind knapp 99.000 Personen mehr als im Vorjahr. Auf Maßnahmen nach § 249h entfällt knapp ein Drittel der in ABM tätigen Personen, nämlich 96.000.

Kurze Gesamtbewertung

Die Abnahme der Arbeitslosenquote ist nicht nur saisonbedingt. Die konjunkturelle Erholung macht sich nun im Westen und im Osten auch auf dem Arbeitsmarkt deutlich bemerkbar.

„Hilfe vor Strafe“ nach wie vor Leitlinie der CDU-Drogenpolitik

Zur Drogenpolitik der CDU erklärten die Bundesministerin für Frauen und Jugend, Angela Merkel, und der Justizminister von Baden-Württemberg, Thomas Schäuble:

Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes vom März dieses Jahres zu den Strafvorschriften des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) hat durch teilweise bewußt irreführende Auslegungen in der Öffentlichkeit insbesondere bei Eltern und Lehrern, aber auch unter Jugendlichen, zu Irritationen und Unverständnis geführt. Aus dem die Drogenpolitik der Bundesregierung bestätigenden Beschluß des höchsten deutschen Gerichtes wird ein „Freigabe-Urteil“ herausgelesen.

Fälschlicherweise wurde der Umgang mit Haschisch oder Mariuhana als künftig straffrei dargestellt, obwohl der Spruch des Bundesverfassungsgerichtes die Verfassungsmäßigkeit des Betäubungsmittelgesetzes in seinem vollem Umfang bestätigt hat. Vor diesem Hintergrund legt die CDU Schlußfolgerungen aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes zum Betäubungsmittelgesetz vor.

Wir fordern: Die konsequente Umsetzung des Rauschgiftbekämpfungsplanes muß endlich wieder Schwerpunkt der Diskussionen um Drogen werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Bundesländer aufgefordert, zu einheitlichen, bundesweit verbindlichen Maßstäben bei der Auslegung des Betäubungsmittelgesetzes zu kommen. Dies vor allem durch die gewichtsmäßige Definition einer geringen Menge erreichen zu wollen, wie es die SPD versucht, ist mit dem

Beschluß nicht vereinbar und gefährlich. Die CDU fordert alle Bundesländer auf, die bisherige Abwehrfront gegen die Drogensucht und Drogenkriminalität nicht zu verlassen. Die Tolerierung und Legalisierung von Drogen ist eindeutig der falsche Weg.

Schlußfolgerungen aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes zum Betäubungsmittelgesetz

Die CDU fordert: Konsequente Umsetzung des Rauschgiftbekämpfungsplanes muß endlich wieder Schwerpunkt der Diskussion um Drogen werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluß vom 9. März 1994 ausdrücklich hervorgehoben, daß der unerlaubte Erwerb und Besitz von Cannabis-Produkten zum Eigenverbrauch allgemein als strafwürdiges und strafbedürftiges Unrecht mit Kriminalstrafe zu bedrohen ist. Damit sind alle Bemühungen um die Legalisierung „weicher“ oder aller Drogen gescheitert. Es ist an der Zeit, endlich wieder zu den Gemeinsamkeiten des nationalen Rauschgiftbekämpfungsplanes vom 13. Juni 1990 zurückzukehren.

Die SPD hat in den letzten Monaten durch unsinnige Diskussionen über kleine Mengen und die Legalisierung bestimmter Formen des Drogenbesitzes den allgemeinen überparteilichen Konsens verlassen. Abwegig sind die Forde-

rungen der Grünen, etwa nach Abgabe von Heroin auf Krankenschein. Die CDU fordert die Umsetzung des nationalen Rauschgiftbekämpfungsplanes, der auf den drei Säulen Prävention, Therapie und Repression beruht:

● Wir werden weiter auf allen Ebenen und unter Einschaltung aller maßgebenden Gruppen der Gesellschaft die Widerstandskraft gegenüber der Versuchung zum Drogenmißbrauch stärken. Gerade im Hinblick auf die Gefährdeten steht für die CDU die Verstärkung der Prävention im Mittelpunkt. Begünstigt werden unsere Anstrengungen dabei durch eine gewisse Stabilisierungstendenz bei jüngeren Jahrgängen. Sie zeigt, daß Drogenprävention erfolgreich sein kann.

● Wir werden weiter den Grundsatz „Therapie vor Strafe“ in den Vordergrund stellen, denn die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß Drogenabhängige erfolgreich behandelt und rehabilitiert werden können. Therapie-netze müssen weiter entwickelt und weiter differenziert werden. Die Diskussion in der SPD um eine Tolerierung und

illegalen Drogen zu warnen und zu schützen, die noch nicht mit derartigen Stoffen in Berührung gekommen sind. Deshalb muß der Umgang mit allen Arten von illegalen Drogen weiterhin uneingeschränkt strafbar bleiben und auch — von Einzelfällen abgesehen — strafrechtlich verfolgt werden. Denn: Auch „weiche“ Drogen wie Haschisch oder Marihuana führen zu Konzentrations- und Bewußtseinsstörungen und können eine psychische Abhängigkeit begründen; viele Straßenverkehrsunfälle geschehen im Haschischrausch. Jede Diskussion über die Legalisierung von Drogen verkennt deshalb die eigentliche Priorität, junge Menschen vor Drogen zu schützen.

Der nationale Rauschgiftbekämpfungsplan ist weiterhin aktuell. Er ist im Jahre 1990 im Konsens zwischen Bund und Ländern sowie allen gesellschaftlichen Gruppen verabschiedet worden. Er muß endlich wieder in den Mittelpunkt der Drogenpolitik gerückt werden. Die CDU wird hierzu ihren Beitrag leisten. Sie weiß, daß Eltern, Betroffene und die, die ihnen nahestehen, genau dies wünschen.

Wahlkampf-Argumente



Legalisierung von Drogen setzt ein völlig falsches Signal. Die SPD sollte endlich einsehen, daß jeder neue Therapieplatz, jede Entgiftungseinrichtung und jede Maßnahme zur Nachsorge den Suchtkranken mehr helfen als ständige Prinzipiendebatten.

● Ziel der strafrechtlichen Normen des Betäubungsmittelgesetzes ist es, vor allem diejenigen vor unbedachtem Umgang mit

Die CDU fordert endlich eine einheitliche Rechtspraxis in allen Bundesländern.

Das Bundesverfassungsgericht hat ausgeführt, daß der Gesetzgeber dem Gesichtspunkt von Bagatelldelikten im Zusammenhang mit dem Eigenkonsum durch entsprechende Vorschriften in der Strafprozeßordnung und im Betäubungsmittelgesetz schon in ausreichendem Maße Rechnung getragen hat, indem er es den Strafverfolgungsorganen ermöglicht, im Einzelfall durch das Absehen von Strafe oder Strafverfolgung einen geringen individuellen Unrechts- oder Schuldgehalt der Tat zu berücksichtigen. Das Bundesverfassungsgericht betont jedoch, daß die stark unterschiedliche Einstellungspraxis

in den verschiedenen Bundesländern bedenklich ist.

Der nationale Drogenrat hat bereits in seinem Votum vom 16. Dezember 1993 dazu aufgefordert, „die Entpoenalisierung auf der Basis des geltenden Rechts (Einstellen des Verfahrens bzw. Absehen von Strafe) bundesweit in gleicher Weise und vollem Umfang auszuschöpfen“. Die CDU fordert, daß die Länder eine im wesentlichen gleichmäßige Rechtsanwendung beim Absehen von Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaften gewährleisten müssen. Die CDU betont, daß es völlig verfehlt, ja geradezu gefährlich ist, hieraus — wie es die SPD versucht — den Schluß zu ziehen, dies wäre durch eine gewichtsmäßige Definition einer „geringen Menge“ zu erreichen.

Einen geeigneten Ansatz enthalten aus Sicht der CDU die in Baden-Württemberg geltenden Richtlinien für eine einheitliche Praxis der Strafverfolgung bei Verfahren nach dem Betäubungsmittelgesetz. Einerseits wird hier der Unterschied zwischen harten und weichen Drogen aufrechterhalten, d.h. beim Umgang mit harten Drogen (auch bei Erwerb und Besitz von geringen Mengen nur zum Eigenverbrauch) ist grundsätzlich die öffentliche Klage zu erheben. Bei Besitz und Erwerb von „weichen“ Drogen kann das Strafverfahren eingestellt werden, wenn neben der jeweiligen Menge zahlreiche weitere Beurteilungskriterien beachtet werden.

„Regelmäßig“ zu achten ist auf die Gefährdung, die vom Verhalten des Täters ausgeht, auf seine Motivation, auf etwaige Vorstrafen oder Anzeigen, auf das Verhalten des Täters nach der Tat und auf seine Einbindung in das soziale Umfeld. Es heißt auch, daß bei Wiederholungstätern ein Absehen von der Strafverfolgung grundsätzlich nicht in Betracht kommt. Aus Sicht der CDU bietet die baden-württembergische Richtli-

nie eine hervorragende Grundlage, um ein einheitliches Vorgehen der Bundesländer festzulegen.

Wir fordern die SPD-Länder auf, sich einer solchen vernünftigen und der Praxis entsprechenden Einigung nicht länger zu verschließen.

Die CDU ist der Meinung, daß die Konzentration der Diskussion auf die Festlegung einer „geringen Menge“, wie dies durch mehrere SPD-geführte Landesregierungen, allen voran Schleswig-Holstein und neuerdings Nordrhein-Westfalen, geschehen ist, der Drogenmafia geradezu in die Hände spielt.

Zu Recht weist der Präsident des Bundeskriminalamtes darauf hin, daß sich die internationalen Drogenkartelle strategisch auf die neue Situation einstellen und ihren Rauschgiftabsatz entsprechend den neuen drogenpolitischen Vorgaben organisieren werden. Müssen doch die Dealer ihre Vertriebsorganisation nur so umstellen, daß der von ihnen mit Professionalität und Brutalität gesteuerte „Ameisenhandel“ lediglich aus „gelegentlichen Eigenverbrauchern“ besteht, die jeweils ihre ordentlich portionierten „geringen Einzelmengen“ für den Tages- oder Wochenbedarf bei sich tragen. Die SPD sollte das Urteil der Fachleute endlich zur Kenntnis nehmen und sich nicht weiter auf eine Verengung der Diskussion beschränken, die letztendlich eine Stärkung der Drogenmafia bedeutet. Mit der CDU ist eine solche Politik nicht zu machen.

Die CDU wird die Drogenpolitik weiter so gestalten, daß einerseits den Suchtkranken geholfen wird und andererseits die Allgemeinheit vor illegalen Drogen geschützt wird.

● Das Bundesverfassungsgericht gibt uns die Aufgabe zu überprüfen, ob eine Tren-

Buchtip

Legitimation, Gewaltenteilung, Subidiarität, Föderalismus, Volksparteien, Wirtschaftsordnungen, Tarifpolitik, Außenpolitik, Migrationsbewegungen, Totalitarismus, Nationalstaat ... — Neu auf dem Buchmarkt ist ein Buch, das der differenzierten Auseinandersetzung mit den mit diesen Begriffen angedeuteten Grundfragen des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens dienen soll.

Titel:

Günther Rüter (Hrsg.): Politik und Gesellschaft in Deutschland — Grundlagen, Zusammenhänge, Herausforderungen. Verlag Wissenschaft und Politik Köln 1994.

Kapitel:

- Allgemeine Grundlagen unserer politischen Ordnung
- Verfassungsrechtliche und politische Ordnungsformen in der Bundesrepublik Deutschland

nung der Märkte von „weichen“ und „harten“ Drogen möglich ist, und dabei die internationalen Entwicklungen im Auge zu behalten.

Die CDU sagt, daß auch ein so oft als Vorbild genanntes Land wie Schweden Zug um Zug zu restriktiveren Maßnahmen greift. Wir werden weiter beobachten, welche Wege andere Länder in der Drogenpolitik gehen. Wir werden jedoch nicht von unserer bewährten Politik abweichen, wenn die Erfahrungen der anderen Länder nicht für eine Möglichkeit der Trennung der Märkte sprechen.

- Wirtschaft und Gesellschaft
- Deutschland in der Welt
- Deutsche Geschichte und Gegenwart.



Insgesamt sind in die rund 400 Seiten umfassende Veröffentlichung 33 Beiträge aufgenommen. Sie stammen von 29 Autoren. Einige von ihnen: die Professoren Wolfgang Bergsdorf, Hans Buchheim, Heinrich Fisch, Philipp Herder-Dorneich, Eckard Jesse, Hans-Helmuth Knütter, Ludger Kühnhardt, Werner Weidenfeld und Gerhard W. Wittkämper.

Das Buch kann über den Buchhandel bezogen werden.

- Leitlinie der Drogenpolitik der CDU ist nach wie vor der Grundsatz „Hilfe vor Strafe“. Wir werden die Dealer hart bekämpfen. Wir wehren uns nicht gegen Substitutionsprogramme, wenn sie im Einzelfall sinnvoll sind und streng kontrolliert werden. Unser Ziel muß aber die Hilfe für die Betroffenen und die Vermeidung der Gefährdung der Allgemeinheit bleiben. In diesem Sinne fordert die CDU die SPD auf, öffentliche Irritationen durch eine Diskussion über die Legalisierung von Drogen endlich im Interesse der Betroffenen und unseres Gemeinwesens zu beenden.

5. Bundesdelegiertenversammlung

Bernhard Worms: Wir kämpfen darum, daß Helmut Kohl Kanzler bleibt

Die Senioren-Union der CDU Deutschlands hat ihre 5. Bundesdelegiertenversammlung vom 3. bis 5. September in der Beethovenhalle in Bonn erfolgreich durchgeführt. Unter dem Motto: „Wir Senioren entscheiden die Wahl“ waren Delegierte, Gäste und Pressevertreter zusammengekommen.

Wenn nur Senioren zu wählen hätten, dann bekäme die CDU bei der anstehenden Wahl zum Deutschen Bundestag die absolute Mehrheit. Schließlich hatte die Mehrheit der Senioren in der Bundesrepublik Deutschland bei den Wahlen zum Europäischen Parlament die CDU gewählt.

Bernhard Worms als Bundesvorsitzender bestätigt

Mit 96 Prozent aller Stimmen wurde Bernhard Worms als Bundesvorsitzender bestätigt. Im geschäftsführenden Bundesvorstand wird er von Emil Fischer aus Sachsen-Anhalt, der Parlamentarischen Staatssekretärin Roswitha Verhülsdonk, Alo Hauser aus Nordrhein-Westfalen, Erika Reinhardt und Anton Teysen aus Niedersachsen begleitet. Aus den neuen Landesverbänden wurden die jeweiligen Landesvorsitzenden mit einer eindrucksvollen Mehrheit gewählt.

Im Mittelpunkt des Arbeitsprogramms stand die Bearbeitung der Anträge. Hier setzt die Senioren-Union auf allen Ebenen und in vielen Bereichen Zeichen. Es gilt, in den nächsten zwei Jahren die Beschlüsse zu den Anträgen zu folgenden Themen umzusetzen:

- Rentenanpassung in den neuen Bundesländern
- Entschädigungsgesetz
- Wohnen im Alter
- Ausbau nachberuflicher Tätigkeitsfelder für ältere Menschen
- Abbau von Altersgrenzen für Schöffen bzw. Abbau jeglicher Altersdiskriminierung
- Vertretung der Senioren-Interessen auf Gemeindeebene
- Innere Sicherheit
- Schutz des Lebens zu Beginn und zum Ende der Lebensspanne
- Europapolitik und Gründung einer Europäischen Senioren-Union.

Delegierte verabschiedeten „Bonner Erklärung“

Neben dieser wichtigen inhaltlichen Arbeit verabschiedete die Bundesdelegiertenversammlung die „Bonner Erklärung“, die richtungweisend ist für die Zukunft der Senioren-Politik. Hier heißt es:

Wir sagen:

● Ja zur inneren Einheit

Einheit leben heißt, einander die Hand reichen, füreinander eintreten, miteinander die Zukunft gestalten. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist notwendig; sie darf aber keine neuen Gräben aufreißen. Wer sich für die Grundwerte unserer Verfassung einsetzt, ist ein wichtiger Mitstreiter auf dem Weg in eine gute Zukunft.

● Ja zu Europa

Wir begrüßen die europäische Einigung und tragen das Unsere dazu bei. Das Zusammenleben der Völker muß sich in breiter Vielfalt vollziehen. Wer wie wir den Krieg kennengelernt hat, weiß um die Bedeutung des Friedens.

● Ja zur Leistung

Wir sind bereit zur Leistung und wollen, daß sich Leistung lohnt. Leistung und soziale Gerechtigkeit müssen auch zukünftig Eckpfeiler unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sein. Wir wenden uns gegen alle Überlegungen der drastischen Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftssteuer.

● Ja zum Dialog

Wir sind zum Dialog bereit und suchen ihn mit allen Gruppen der Gesellschaft. Das Alter ist ein eigenständiger Lebensabschnitt. Aus diesem Selbstverständnis heraus suchen wir als Partner den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik.

● Ja zur Verantwortung

Die Politik der Senioren ist nicht auf Altenpolitik begrenzt. Weil wir das Ganze sehen und uns für die ganze Gesellschaft verantwortlich fühlen, beschränken wir uns nicht nur auf spezifische Fragen der Menschen im Alter. Wir müssen dafür sorgen, daß die Rahmenbedingungen für ein aktives Altern verbessert und die Voraussetzungen für Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit ausgeweitet werden.

● Ja zur Zukunft

Wir schaffen eine sichere Zukunft sowohl durch soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Fortschritt als auch durch äußeren Frieden und innere Sicherheit. Ebenfalls schaffen wir eine sichere

Zukunft durch die Stärkung der Familie und durch mehr Solidarität zwischen den Generationen. Eine solide Umweltpolitik ist Garant dafür, daß die Schöpfung bewahrt wird und den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird.

● Ja zu Helmut Kohl

Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit sicherem Gespür die deutsche Einheit herbeigeführt, er hat Deutschland zum Ansehen in der ganzen Welt verholfen. Er war und ist Motor des neuen Europa und er ist weltweit als zuverlässiger Partner geschätzt.

Das Rahmenprogramm der Bundesdelegiertenversammlung wurde gestaltet durch Vorträge von Generalsekretär Peter Hintze, der Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch, sowie von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm.

In einem Podiumsgespräch wurde ein brennendes Thema behandelt: „Nachberufliche Aufgaben und Tätigkeitsfelder“. Unter der versierten Leitung von Frau Sisu Steinschulte, Verlag „Sechzig na und?“ kamen Experten zu Wort, die die ganze Spannweite dieser Thematik aufzeigten und auch ihre Betroffenheit darüber zum Ausdruck brachten, was es für einen Menschen bedeutet, nicht mehr gebraucht zu werden. Eine Wegbeschreibung von „nicht mehr gebraucht werden“ zu „wieder gebraucht werden“ zeichnete sich ab, wobei im Kern auch der Aspekt der „Werteverwirklichung“ mit einbezogen wurde.

Glanzlichter der Veranstaltung waren Preisverleihungen. Hier wurde der Schauspieler Günter Strack, der aufgrund einer bundesweiten Umfrage bei den Mitgliedern der Senioren-Union zum „Besten Schauspieler“ gewählt wurde, ausgezeichnet. Außerdem bekamen drei Einzelhandelsgeschäfte Auszeichnungen dafür, daß

Wohngeld-Sonderregelung verlängert

Zur Verlängerung des Sonderwohngeldes für die neuen Länder erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Der parlamentarische Bauausschuß hat einstimmig dem Vorschlag der Bundesregierung zugestimmt, die Dauer der in den neuen Ländern und dem Ostteil von Berlin geltenden günstigeren Wohngeld-Sonderregelung um ein weiteres Jahr bis zum 31.

Dezember 1995 zu verlängern. Gleichzeitig werden Vorschußregelungen für Empfänger von Wohngeld getroffen, deren Bewilligung im letzten Quartal 1995 endet und die auf einen Wiederholungsantrag erneut Wohngeld nach dem Wohngeld-Sondergesetz bewilligt bekommen; damit wird sichergestellt, daß auf Wohngeld angewiesene Haus-

halte vorübergehend wegen der Bearbeitungsdauer von Bewilligungen nicht völlig ohne Wohngeld dastehen. Entsprechend dem Regierungsvorschlag wird es beim Auslaufen der von vornherein zum 1. Juli 1995 hin befristeten Familienfreibeträge bleiben.

Wir haben im Ausschuß auch noch einmal unsere Auffassung bekräftigt, daß spätestens im Jahre 1996 eine allgemeine Anpassung der Wohngeldleistungen an die zwischenzeitliche Entwicklung von Einkommen und Mieten notwendig wird, dann im Zusammenhang mit der erklärten Absicht nach Vereinheitlichung und Vereinfachung des Wohngeldrechtes. Der Deutsche Bundestag hatte sich dieser Haltung zuletzt bei der Beschlußfassung im Juni über den Wohngeld- und Mietenericht 1993 ausdrücklich angeschlossen.

ihre Läden besonders seniorenfreundlich sind. Die Preisträger aus Malente, Bremen und Wiesbaden wurden ebenfalls aufgrund einer bundesweiten Umfrage „seniorenfreundliches Einkaufen“ bei den Mitgliedern der Senioren-Union ermittelt.

Großkundgebung mit Bundeskanzler Helmut Kohl

Der Höhepunkt der 5. Bundesdelegiertenversammlung war eine Großkundgebung mit Bundeskanzler Helmut Kohl, und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble. Der Oberbürgermeister der Stadt Bonn, Hans Daniels, der Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes, Stefan Knafl, der Direktor von ARP, Eric Reid, sowie der Vorsitzende der

CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Günter Rinsche, MdEP, sprachen Grußworte.

Ca. 2.500 ältere Menschen waren aus allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland nach Bonn gekommen, um dieses Ereignis mitzuerleben. Es war bewegend zu sehen, wie die älteren Menschen mit glänzenden Augen und erfüllt und fasziniert von der Rede „ihres Kanzlers“ und dem Singen des Liedes aller Deutschen die Beethovenhalle verließen.

Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Staatssekretär Bernhard Worms, sagte in seinem Schlußwort: „Wir kämpfen darum, daß Helmut Kohl Kanzler bleibt. Er hat Großartiges für unser Land geleistet, und wir vertrauen ihm und seiner Politik!“

„Mit feinem Gehör“

Wenn einer seine Erfahrungen mit „vierzig Jahren in der Bonner Politik“ unter den Titel „Mit feinem Gehör“ stellt, dann ist die Darstellung leiser Töne zu erwarten.

Daß dazu vor allem auch seine eigenen Worte gehören, verrät Eduard Ackermann gleich am Anfang seiner Memoiren, wenn er sich nicht als „Darsteller“, sondern — und das nur „allenfalls“ — als „Souffleur“ versteht.

Der Vergleich trifft nicht nur das Hörbare. Für das Publikum unsichtbar, hat er denen zugeflüstert, die im Rampenlicht standen und Politik im Zentrum des allgemeinen Interesses machten — Heinrich Krone, Heinrich von Brentano, Rainer Barzel und Karl Carstens.

Von diesem übernahm den Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1976 der damalige Oppositionsführer Helmut Kohl und nahm ihn 1982 auch ins Kanzleramt mit, wo er heute als Ministerialdirektor die Abteilung „Gesellschaftliche und politische Analysen, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit“ leitet und einen Termin für den Ruhestand allenfalls in Aussicht stellt.

„Er ist der Knotenpunkt eines weitverzweigten Netzes und hat als Kommunikator des Bundeskanzlers die politische Informationsarbeit für die moderne Medienarbeit unserer Zeit neu zugeschnitten“, schreibt die WELT und beschreibt mit großen Worten die im Grunde simple Technik eines beispiellosen Erfolgs von Beharrlichkeit und Treue.

„So behutsam und taktvoll er diese Arbeit geleistet hat, so sind ihm auch seine Memoiren geraten“, bestätigt FOCUS. Wer „Enthüllungen“ erwartet, wird nicht auf seine Kosten kommen.

In die Alltagsnähe, in der er sie erlebt hat,

holt er die Großen dieser Welt und die wichtigen Ereignisse von 40 Jahren Zeitgeschichte.

Als am 9. November 1989 die Mauer fiel, war Kohl in Warschau. Ackermann mußte ihn aus dem Saal ans Telefon rufen lassen, in dem der polnische Ministerpräsident Mazowiecki ein Festessen gab.

„Herr Dr. Kohl, halten Sie sich fest. Die DDR-Leute machen die Mauer auf.“

„Sind Sie sicher, Ackermann?“

„Das Fernsehen überträgt live aus Berlin, ich kann es mit eigenen Augen sehen.“

„Das ist ja unfaßbar.“

DER SPIEGEL: „Mehr als jede detektivische Dissertation beweist dieser kurze Kohl-Ackermannsche Dialog, wie konspirationsfrei und spontan der Durchbruch zur deutschen Einheit kam.“



Helmut Kohl und Eduard Ackermann im vertraulichen Gespräch.

Angenehm ambitionsfrei ist Ackermanns Schreib- und Darstellungsstil und entspricht ganz dem, was der Bundeskanzler bei der Vorstellung des Buches im Bonner Maritim an seinem langjährigen Vertrauten rühmte, daß er seine Lebensart nie verleugnet habe und „geblieben ist, wie er immer war“.

Eduard Ackermann: Mit feinem Gehör. Vierzig Jahre in der Bonner Politik. Gustav Lübbe-Verlag. 432 Seiten. 44,— DM.

JU: Erfolgreicher Wahlkampfauftakt in Dortmund

Großen Erfolg hatte die Junge Union mit Ihrer Aktion „Politik ohne Bart“ beim Wahlkampfauftakt der CDU in Dortmund.

Besonders die T-Shirts mit dem Slogan „Politik ohne Bart“ auf der Vorderseite und der Aussage „Second place is the first loser, Mr. Scharping“ fanden reißenden Absatz.

T-Shirts in den Größen L und XL zum Preis von 10 DM pro Stück (plus Versand) können gegen Einzugsermächtigung oder Verrechnungsscheck bei der **JU-Bundesgeschäftsstelle, Annaberger Str. 283, 53175 Bonn, Tel. 02 28/31 00 11, Fax 02 28/38 45 20,** bestellt werden, so lange der Vorrat reicht.



CDU-Wahlspots zur Bundestagswahl 1994 im öffentlich-rechtlichen Fernsehen

Mo., 19. 9. 1994: 21.00 Uhr, ARD
 Mo., 19. 9. 1994: 21.00 Uhr, ZDF
 Sa., 24. 9. 1994: 18.45 Uhr, ZDF
 Sa., 24. 9. 1994: 22.20 Uhr, ARD
 Di., 27. 9. 1994: 22.15 Uhr, ZDF
 Mi., 28. 9. 1994: 23.00 Uhr, ARD
 Do., 29. 9. 1994: 17.37 Uhr, ARD
 Fr., 30. 9. 1994: 18.45 Uhr, ZDF

Di., 4. 10. 1994: 22.05 Uhr, ARD
 Fr., 7. 10. 1994: 17.37 Uhr, ARD
 Fr., 7. 10. 1994: 18.45 Uhr, ZDF
 Sa., 8. 10. 1994: 22.00 Uhr, ZDF
 Di., 11. 10. 1994: 18.45 Uhr, ZDF
 Di., 11. 10. 1994: 21.45 Uhr, ARD
 Fr., 14. 10. 1994: 22.15 Uhr, ZDF
 Fr., 14. 10. 1994: 23.00 Uhr, ARD

Alle Zeit-Angaben sind Zirka-Angaben!

Broschüren



● **Zukunft statt Linksfront**

Bestell-Nr. 5956
25 Expl.: 21,— DM

● **Sicher in die Zukunft — Bilanz erfolgreicher Regierungsarbeit**

Bestell-Nr. 5978
25 Expl. 20,— DM

● **Zukunft für die deutsche Landwirtschaft**

Bestell-Nr. 5979
25 Expl. 22,50 DM

● **Aufschwung Ost — Eine Bilanz nach vier Jahren Aufbauarbeit in den neuen Bundesländern**

Bestell-Nr. 5916
25 Expl. 22,50 DM

● **Partnerschaft von Frau und Mann in der CDU Deutschlands**

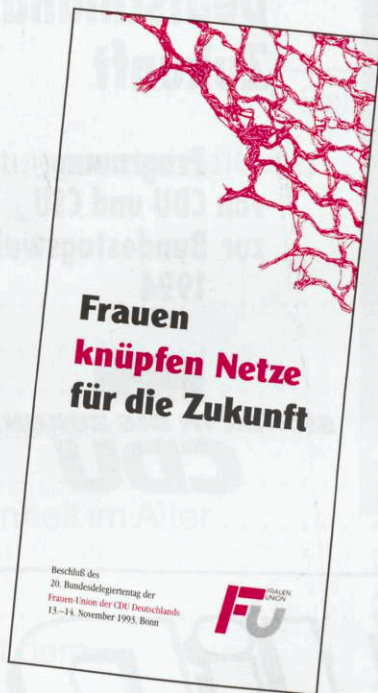
Dieses Falblatt enthält alle Parteitagebeschlüsse der CDU zur politischen Gleichstellung von Frau und Mann.

Bestell-Nr.: 2105
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 28,50 DM

● **Frauen knüpfen Netze für die Zukunft**

Beschluß des 20. Bundesdelegiertentages der Frauen-Union der CDU. Zusätzlich enthält es auch noch viele Anregungen für die Arbeit der Frauen-Union sowie die aktuellen Adressen der FU-Landesverbände und der Frauenpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen.

Bestell-Nr.: 2963
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 18,— DM



Beschluß des
20. Bundesdelegiertentages der
Frauen-Union der CDU Deutschlands,
13.-14. November 1993, Bonn



Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1164, 33759 Versmold
Fax (054 23) 54 69, 4 15 21 und 4 28 20

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Wir sichern Deutschlands Zukunft

Programm
von CDU und CSU
zur Bundestagswahl
1994



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

Ganz aktuell

● Programm von CDU und CSU zur Bundestags- wahl 1994

Bestell-Nr.: 5989

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preise je 25 Expl.: 20,— DM



Das Wahlpro-
gramm ist zusätz-
lich auch auf einer
3,5"-Computer-Di-
skette gespeichert

erhältlich. Eingebunden in eine
komfortable Benutzeroberfläche,
erhalten Sie so innerhalb weniger
Sekunden die gewünschten Infor-
mationen.

Bestell-Nr. 9980

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preise je 10 Expl.: 25,— DM

UiD

29/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:**
Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504
(BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM.
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.